

Artikel vom 11.05.2020

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Keine Erhöhung der Rundfunkgebühren



Die Mittelstands-Union (MU) appelliert an die Ministerpräsidenten der Länder, die beschlossene Erhöhung der Rundfunkbeiträge zurückzunehmen. Die momentan geplante Erhöhung der Rundfunkbeiträge um 86 Cent von 17,50 Euro auf 18,36 Euro ist auf Grund der schwierigen wirtschaftlichen Lage nicht vertretbar. Als die Ministerpräsidenten der Beitragserhöhung zustimmten, konnte Deutschland auf zehn Jahre hoher Beschäftigung und Wirtschaftswachstum zurückblicken. Doch in den letzten zwei Monaten hat sich die Lage der Wirtschaft massiv verschlechtert. Für über zehn Millionen Beschäftigte ist Kurzarbeit beantragt, die Arbeitslosigkeit steigt erstmals seit Jahren wieder an.

Während Millionen Menschen aufgrund von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit Einkommenseinbußen erleiden und Existenzängste haben, während die Umsätze von Hunderttausenden Unternehmen eingebrochen sind und Insolvenzen drohen, ist eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags das falsche Signal. Wenn die Zahler sich einschränken müssen, dürfen die Empfänger keine Zuwächse erwarten. Außerdem bekräftigt die MIT Musterstadt ihre Forderung nach einer Aufgabenkritik und Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, weil Aufgaben und Strukturen nicht mehr in die aktuelle Zeit passen.